

# Schüler: Wir wollen nicht nur spielen

Kr 20.02.09

Kreisjugendtag 2009 beschäftigt sich unter anderem mit der politischen Partizipation von Jugendlichen

**KITZINGEN. Sollen Jugendliche mit 16 wählen? Mit dieser Frage beschäftigte sich der Jugendkreistag. Klare Aussage: Auf kommunaler Ebene wollen die Jugendlichen ein Mitspracherecht.**

Jugendliche Vertreter von verschiedenen Schulen des Landkreises und Angehörige des Kreistages sowie der Kreisrat und Stellvertreter der Landrätin **Paul Streng** kamen zum Jugendkreistag zusammen, wobei unter anderem darüber diskutiert wurde, ob Jugendliche besser in politische Entscheidungen eingebunden werden sollten. Das Augenmerk war hierbei vor allem auf die umstrittene „Wahl ab 16“ geheftet. Die Themen wurden bei einem Vorbereitungstreffen zwischen Kreisjugendpflegern und den Vertrauenslehrern der Schulen festgelegt.

Die Schüler stellten nacheinander durch einzelne Vorträge ihren Standpunkt dar und unterbreiteten mögliche Lösungsvorschläge. Die Realschule Schloss Gaibach präsentierte zur Eröffnung das Resultat einer Umfrage innerhalb der Klasse bezüglich des politischen Verständnisses. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass Jugendliche zwar besser mit in die Welt der Politik einbezogen werden sollten, allerdings nur auf kommunaler Ebene. Die Realschüler haben sich gegen eine Einbindung auf

Bundesebene entschieden, da ihrer Meinung nach Jugendliche zu leicht zu beeinflussen sind. Das könnte allerdings nach Ansicht der Schüler behoben werden, wenn mehr Wert auf politische Bildung im Lehrplan gelegt würde.

Vertreter des Armin-Knab-Gymnasiums Kitzingen führten als Argumente gegen die Mitwirkung vor allem mangelnde Reife und Wissen bei den 16-Jährigen auf. Dennoch sind sie der Idee der politischen Einbringung nicht ganz abgeneigt. Speziell bei Themen, welche die Jugendlichen direkt betreffen, wie es zum Beispiel bei der Einführung des G 8 der Fall war, fordern sie ein Mitspracherecht.

Eine ähnliche Meinung vertritt auch die Nikolaus-Fey-Volksschule Wiesentheid. Von der bundesweiten Einbringung sind auch sie nicht begeistert, ihrer Meinung nach fehle es neben der nötigen Erfahrung auch am politischen Engagement der Jugendlichen. Als Gründe dafür nennen sie unter anderem die Schwierigkeit, in eine politische Organisation einzutreten. Laut einer Umfrage an der eigenen Schule könnten sich 16 Prozent der Jugendlichen vorstellen, ein politisches Amt auszuführen, doch nur zwei Prozent tun dies tatsächlich. „Die bereits Engagierten sollten folglich bei der Ausübung ihres Amtes unterstützt werden“, schlagen die

Schüler vor.

„Wir wollen nicht nur spielen“, fordern die Vertreter des Gymnasiums Marktbreit. Ihr Motto lautet: Mitentscheidungsrecht anstatt nur Mitspracherecht. „Ja zur Einbringung, aber wenn, dann richtig.“

## Ziel: Eltern mit in die Verantwortung nehmen

Um das umzusetzen, schlagen sie die Gründung von Jugendgemeinderäten vor, welche wirklich von den Betroffenen – den ansässigen Jugendlichen – gewählt werden sollen. Zudem halten es die Marktbreiter Schüler für besonders wichtig, auch die Eltern mit in die Verantwortung einzubeziehen, denn es gilt: „Wenn die Eltern nichts über Politik wissen, wissen auch deren Kinder nichts darüber.“

Ginge es nach den Vertretern des Steigerwaldgymnasiums Wiesentheid, ist die Heranführung Jugendlicher an das Thema Politik einer der wichtigsten Aspekte. Vor allem in den Schulen sollen sie sich verstärkt damit beschäftigen, da die Bildungslücken in diesem Bereich besonders groß sind. „Es sollte schon in der achten Klasse Sozialkunde unterrichtet werden, dafür kann man ja zum Beispiel eine Stunde Religion vom Stundenplan streichen“, schlug ein Schüler vor. Neben der fehlenden politischen Kenntnis trägt ihrer Meinung nach auch die

leichte Beeinflussbarkeit der jungen Menschen zur Problematik bei.

Die Schlussfolgerung der Gymnasiasten fällt dementsprechend aus: „Jugendliche sollten bei bestehenden Verhältnissen nicht eingebunden werden, da die Nachteile überwiegen.“

Die Berufsschule Kitzingen-Ochsenfurt schwingt keine langen Reden, sondern beginnt sogleich mit den Fakten: „Mit zehn Jahren soll man schon wissen, auf welche Schule man als nächstes wechselt, ab 16 darf man Alkohol trinken, aber wählen mit 16 darf man noch nicht!“ Die Auswertung eines Fragebogens zeigt, dass die Schüler zwar weniger gut in Fächern wie Sozialkunde und Geschichte sind, dafür aber über aktuelles Geschehen Bescheid wissen.

Trotzdem fordern die Vertreter der Berufsschule ein verstärktes Mitentscheidungsrecht: „Kurz nach der Schule bleibt das Gelernte frisch und wird nicht aufgestaut, bis man 18 Jahre alt ist.“

Der Jugendstadtrat, vertreten durch **Julia Schwab, Helena Steinmüller und Dilara Acay** präsentierte seine Arbeit und die bisher erreichten Ziele, wie zum Beispiel die Schaffung neuer Jugendtreffs und die Einsetzung eines Disobusses vor. Dies führten sie als Beweis dafür auf, dass der Jugendstadtrat etwas bewirken kann. Zudem stellten

sie zukünftige Projekte wie das „Just-Cafe“ – ein weiterer Treffpunkt für Jugendliche – vor.

Der Kreisjugendpfleger **Herbert Köhl** warb für das Projekt „U18“, bei welchem Minderjährige neun Tage vor den Bundestagswahlen ihre Stimme abgeben können. Als Wahllokale dienen zum Beispiel Schulen oder Jugendtreffs. Nach der Auszählung werden die Ergebnisse mit jungen Menschen, Vertretern der Politik und der Presse diskutiert. Positive Rückmeldung gab es bereits von bisherigen Teilnehmern. Die Teenager meinten, dass sie dadurch mehr über Politik erfahren haben.

Am Ende wurde über die Einführung des Wahlrechts ab 16 auf kommunaler Ebene abgestimmt und mit 55 zu 38 Stimmen befürwortet. Der Beschluss wird nun an das zuständige Ministerium und den Bayerischen Landtag weitergeleitet. Weiterhin war über die Einführung von gewählten Jugendstadtrat und Gemeinderäten zu entscheiden, mit dem Ergebnis, dass dies mit einer deutlichen Mehrheit von 87 zu 13 befürwortet wurde. Beifall erhielt auch die geplante Durchführung des Projekts „U18“ mit 83 zu 13 Stimmen.

Der Jugendkreistag Kitzingen hat abgestimmt, die endgültige Entscheidung tragen nun die politischen Institutionen.

\*ast\*